

Langjährige Mitglieder ausgezeichnet

Weihnachtsversammlung des CSU-Ortsverbandes mit Vortrag der Bürgermeisterin

Von Karlheinz Jessensky

Moosburg. Bürgermeisterin Anita Meinelt sieht dem Bürgerbegehren zur Neugestaltung des Plans mit Gelassenheit entgegen. „Ich habe kein Problem damit“, sagte sie bei der Jahresabschlussfeier des CSU-Ortsverbandes im Hotel-Gasthof Zur Lände. Im Gegenteil: Die Rathauschefin spricht sich auch dagegen aus, vorschnell mit einem Stadtratsbeschluss pro Anliegen des Begehrens oder einem eigenen Ratsbegehren die Sache zu beenden, sondern: „Ich möchte jetzt wissen, was die Mehrheit der Bürger wirklich will.“

Rechtlich zulässig sei das Bürgerbegehren nach juristischer Prüfung jedenfalls, sagte Meinelt. Obwohl darin so unbestimmte Rechtsbegriffe wie „in unmittelbarer Umgebung“ aufgeführt sind und beispielhaft dafür auch das Gelände der alten Polizei genannt wird. Offensichtlich spekuliert die Rathauschefin auch damit, dass sich das Bürgerbegehren so nebenbei von selbst erledigen könnte. Denn Meinelt hat vor Wochen auf einer Informationsversammlung zum Plan auch eine Katze aus dem Sack gelassen – wenn auch nicht ganz. Sie sei in Grundstücksverhandlungen, sagte sie damals, wonach sogar mehr als die wegfallenden Parkplätze in „unmittelbarer Umgebung“ entstehen könnten. Die Verhandlungen mit dem ungenannten Grundstückseigentümer gestalten sich offensichtlich schwierig. Auf Nach-



Jubilarehrung bei der Moosburger CSU durch den Ortsvorsitzenden Florian Bichlmeier (l.) und Bürgermeisterin Anita Meinelt: Bernhard Kerscher (60), Josef Wiesheu (70), Dr. Albert Kerscher (50) und Karl Hofmann (55, v.l.). (Foto: kh)

frage der *Moosburger Zeitung* sagte sie jetzt aber bei der CSU: „Ein Vertragsentwurf liegt vor.“ Sie hoffe, dass er bald im Stadtrat behandelt werden könne.

So sehr bei Grundstücksverhandlungen der Sache wegen immer Geheimnisse gemacht werden müssen, so steht doch fest, dass es sich nicht um den Parkplatz an der Leinberger Straße handelt, von dem manche bereits unkten, man könne dort ein zusätzliches Parkdeck errichten. Einerseits gehört der Stadt dort nur ein Drittel der Fläche, andererseits ist sie im Bebauungsplan als Park-

platz ausgewiesen. Der Eigentümer der restlichen Zwei-Drittel-Fläche könnte dort also auch nicht einfach etwas anderes beabsichtigen. Weil im Bürgerbegehren gefordert ist, die Flächen müssten „rechtssicher“ zur Verfügung stehen, betonte Meinelt jetzt, das heiße, sie müssten der Stadt gehören. Juristische Plänkeleien hin oder her: Dass es bereits im Jahr 2019 mit den Arbeiten am Plan losgehen könnte, ist für Meinelt utopisch. Zunächst müsste – ebenfalls rechtssicher – feststehen, was aus dem ehemaligen Staudingerge-lände werden wird.

Da eine Jahresabschlussfeier nicht nur aus Punschtrinken besteht, referierte die Bürgermeisterin auch länger über Fakten des beschlossenen Haushalts. In der öffentlichen Wahrnehmung zu kurz gekommen schien Meinelt die Tatsache, dass für 2019 unbedingt Personalmehrbedarf im Rathaus herrschen wird. Ihre im Übrigen „ausgezeichnete Verwaltung“ komme mit den Aufgaben nicht mehr hinterher. Und dass die Stadt in den „Amperauen“ im eigenen Namen sozialen Wohnungsbau betreiben will, werde Millionen kosten. Insgesamt habe

man „gut gewirtschaftet“, trotz des erfolglosen Kommunalunternehmens Nahwärme, für das immer noch 2,9 Millionen Euro Schulden da sind. Für den Stadtbuss solle es ein verbessertes System geben, dessen „Konzept-Vorschläge“ bis Ende März vorliegen würden.

Die Stadt hat im Moment über 19000 Einwohner „und wächst rasant“, sagte Meinelt. Hoffentlich nicht zu rasant, merkte der langjährige Stadtrat Albert Kerscher an, der infrage stellte, ob die Wohnqualität höher wäre, wenn die Stadt erst einmal 20000 Einwohner hätte. Meinelt schränkte daraufhin ihr genanntes „rasantes Wachstum“ ein und meinte, 150 neue Einwohner pro Jahr seien „zu verkraften“. Und die „Amperauen“ seien zwar das bisher größte Neubaugebiet, würden dies aber auch bleiben.

CSU-Ortsvorsitzender Florian Bichlmeier hatte in seiner Begrüßung von einem Jahr 2017 gesprochen, das man „schnellstens abhaken“ solle. Wegen der Bundestagswahl-niederlage und des politischen Gezeters um Regierungsbildung und Krisen in München. Statt aufzuarbeiten, warum alles so gekommen sei, würden Personaldiskussionen geführt. An Markus Söder ärgere ihn, dass dieser die Personaldiskussionen losgetreten habe. Beifall gab es an dieser Stelle aus der Weihnachtsversammlung.

Beifall auch für die langjährigen Mitglieder Josef Wiesheu (70 Jahre bei der CSU), Bernhard Kerscher (60), Karl Hofmann (55) und Dr. Albert Kerscher (50).